



Presseschau vom 01.12.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Kiew berechnet Einbußen durch Verlust von russischem Markt
Die Ukraine hat ihre Einbußen durch den Verlust traditioneller Märkte, allen voran Russland, auf rund 15 Milliarden US-Dollar veranschlagt. Das teilte Vizeregierungschef und Wirtschaftsminister Stepan Kubiw am Donnerstag in Kiew auf einer von der Agentur Fitch Ratings veranstalteten Konferenz mit.

Seinen Angaben zufolge hatte die Werchowna Rada (Parlament) im Zusammenhang mit dem Verbot des Transits ukrainischer Waren durch das Territorium Russlands 140 Gesetzesakte verabschiedet.

„2014 wurde die Krim annektiert, es kam zu einem Konflikt im Osten des Landes. Im Ergebnis verloren wir 20 Prozent unserer Wirtschaft und sieben Prozent unseres Territoriums“, sagte Kubiw.

Die Landeswirtschaft sei im Laufe der letzten 27 Jahren abgebaut worden. Die Ukraine habe das Forschungspotential eingebüßt, hochqualifizierte Fachleute seien ausgereist, die Produktionstechnik habe sich veraltet.

„2016 wurde die Freihandelszone zwischen der Ukraine und Russland im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) aufgelöst. Zudem verhängten beide Länder ein gegenseitiges Einfuhrverbot für Lebensmittel. So untersagte die Ukraine die Einfuhr von Wodka, Süßwaren, Fleisch, Schokolade, Baby-Nahrung, Fischen, Bier, Zigaretten sowie Hunde- und Katzenfutter aus Russland“, hieß es.

Die von Moskau gegen Kiew ergriffenen Maßnahmen sind mit den Sanktionen vergleichbar,

die Russland gegen Länder verhängte, die antirussische Restriktionen unterstützt hatten. Derzeit hat die Ukraine eine Freihandelszone mit der Europäischen Union

de.sputniknews.com: Vorwürfe gegen Kreml seitens der Wirtschaftselite? Peskow kommentiert

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat am Donnerstag auf die Fragen eines ausländischen Massenmediums geantwortet, ob die russische Wirtschaftselite dem Kreml eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Land wegen der Sanktionen vorwirft. Peskow beantwortete die Fragen, die der Kreml-Presse Dienst erhalten hatte. Auf die Frage, ob dem Kreml bekannt sei, dass Vertreter der russischen Wirtschaftselite den russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen der Verschärfung der Sanktionen scharf kritisieren und ihn der entstandenen Situation beschuldigen, antwortete Peskow: „Nein, wir wissen nichts davon.“

Der Kremlsprecher wies auch die Vorwürfe zurück, dass der Kreml in seiner Politik gegenüber dem Westen die Interessen der russischen Geschäftsleute nicht beachte. Er betonte auch, der Kreml sei bereit, mit den Geschäftsleuten einen Dialog darüber zu führen. Peskow bat die Journalisten auch scherzhaft, Informationen darüber mitzuteilen, wer diese Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht habe: „Falls irgendwelche Medien davon wissen, dass einige Vertreter der Wirtschaftselite solche Behauptungen äußern, würden wir Ihnen äußerst dankbar sein, wenn Sie uns mitteilen würden, wer das ist. Das ist natürlich ein Scherz“, so Peskow....

Wpered.su: In Makejewka beging man den Internationalen Tag der Behinderten
Am 30. November 2017 veranstaltete das Blasorchester „Schachtjorskije Sori“ im Makejewker psycho-neurologischen Internat anlässlich des Internationalen Tages der Invaliden, der vor 25 Jahren von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem Ziel, das Bewusstsein zu schärfen für die Fragen der Einbeziehung von Menschen mit Behinderung sowohl in gesellschaftliche Strukturen als auch in Entwicklungsprozesse, eingeführt wurde, ein Benefizkonzert. Dies berichtet der Korrespondent der Seite wpered. Weltweit gibt es etwa 1 Milliarde Menschen mit Behinderung (das sind ungefähr 15% der Weltbevölkerung) und sie alle stehen vor Hindernissen in physischen, sozial-ökonomischen und Verhaltensbereichen, die ihre vollständige, effektive und gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verhindern. Nach Angaben der Uno stellen sie einen übermäßig hohen Anteil des ärmsten Teils der Weltbevölkerung dar und haben keinen gleichwertigen Zugang zu grundlegenden Ressourcen.

Die Ziele, weshalb dieser Tag eingeführt wurde, ist die vollständige und gleichberechtigte Beachtung der Menschenrechte und Teilnahme der Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben. Diese Ziele wurden im Weltaktionsprogramm für behinderte Menschen verankert, das die Generalversammlung 1982 verabschiedete.

Den Wunsch, Menschen mit begrenzten Möglichkeiten mental und mit humanitärer Hilfe zu unterstützen äußerte die gesellschaftliche Organisation „Veteranen Novorossias“, der Internationale Fonds „Kommandeur“ und die Makejewker Stadtorganisation der Kommunistischen Partei und des Leninschen Komsomol der Donezker Volksrepublik.

Die Verwaltung und Versorgungsleitung des Internats waren froh über die Gäste und sprachen ihnen ihre Dankbarkeit für ihre nicht gleichgültige Haltung zu den Problemen, der Fürsorge und Aufmerksamkeit in Bezug auf Menschen mit eingeschränkten Möglichkeiten aus.

Vor den Anwesenden hielt der Erste Sekretär des Makejewker Stadtkomitees der KP der DVR Sergej Jurtajew eine Rede und überreichte der Leitung des Internats ein Antwortschreiben mit einem Dank für ihre hohe Professionalität, kristallklare Ehrlichkeit, den riesigen Beitrag für das Gesundheitswesen der Republik und für ihre aktive Lebenseinstellung.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2017/11/SAM_7490-768x576.jpg



http://wpered.su/wp-content/uploads/2017/11/SAM_7489-768x576.jpg



http://wpered.su/wp-content/uploads/2017/11/SAM_7519-768x576.jpg

Dan-news.info: Die Arbeitsämter der DVR vermittelten im laufenden Jahr über 550 Menschen mit Behinderung eine Arbeit

Die Spezialisten für Beschäftigung der Donezker Volksrepublik fanden in den letzten 10 Monaten dieses Jahres Arbeit für 554 Einwohner mit Behinderungen. Dies erklärte heute in einer Pressekonferenz bei DAN die Direktorin des republikanischen Arbeitsamtes Tamara Kosenko.

„ Mit Unterstützung durch die Arbeitsämter fanden in den letzten 10 Monaten 458 Invaliden einen unbefristeten Arbeitsplatz. Außerdem wurden 96 Invaliden in befristete Zeitverträge vermittelt“, sagte Kosenko.

Sie fügte hinzu, dass sich mit dem Stand Anfang November in der Statistik des Republikanischen Arbeitsamtes noch 357 Menschen mit Behinderungen vermerkt sind, die Arbeit suchen.

Die Leiterin der Institution erklärte ebenfalls, dass seit Anfang des Jahres in der Republik etwa 42.000 Menschen in unbefristete und befristete Arbeitsverhältnisse vermittelt werden konnten.

Das Republikanische Arbeitsamt (RAA) wurde in der DVR am 09. Dezember 2014 gegründet. Die Tätigkeit dieses Dienstes ist die Unterstützung der Einwohner bei der Arbeitssuche und anschließender Beschäftigung. Darüber hinaus bietet das RAA Umschulungen in verschiedenen Bereichen an und vermittelt auf saisonale Stellen.



<https://dan-news.info/wp-content/uploads/2015/07/28.jpg>

Lug-info.com: „Wir beobachten eine Tendenz zur Zunahme des Beschäftigungsgrads der Bevölkerung, die Zahl der regulär beschäftigten Arbeiter hat sich um eine Größenordnung erhöht. In den ersten zehn Monaten von 2017 ist die Zahl der durch die territorialen Abteilungen des Fonds für Sozialversicherung im Fall von Arbeitslosigkeit der LVR um 21,5% gewachsen“, teilte die Ministerin für ökonomische Entwicklung der LVR Jelena Kostenko mit.

de.sputniknews.com: Lawrow: Wie USA Europa bei ihrer antirussischen Politik ausnutzen
Die USA wollen laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow die Aufgaben ihrer antirussischen Politik auf Kosten Europas lösen. Darüber sprach er in einem Interview für die italienische Zeitung „Libero“.

„Es ist heute offenbar, dass die von den Brüsseler Bürokraten auf Washingtons Anweisung verhängten Sanktionen die europäischen nationalen Hersteller mit einem Bumerang getroffen haben“, sagte Lawrow der Zeitung. „Sie verloren teilweise ihre Positionen auf dem russischen Markt und müssen weiter beträchtliche Verluste hinnehmen“.

Lawrow merkte an, die USA seien von den Sanktionen fast nicht betroffen worden, denn der Warenumsatz zwischen Moskau und Washington sei sehr gering.

„Es stellt sich heraus, dass das US-Establishment seine antirussischen Aufgaben auf Kosten der Europäer und mit den Händen der Europäer lösen will“, so der russische Außenminister. Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Situation auf der Krim und in der Ukraine verschlechtert. Ende Juli 2014 waren die EU und die USA von Einzelsanktionen gegen Privatpersonen und Unternehmen zu einschränkenden Maßnahmen gegen ganze Sektoren der russischen Wirtschaft übergegangen. Russland hat im Gegenzug die Einfuhr von Lebensmitteln aus den USA, den EU-Ländern, aus Kanada, Australien und Norwegen verboten.

Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **achtmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5, Kalinowo, Frunse, Logwinowo, Losowoje und Kalinowka.**

Geschossen wurde mit 122m-Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Umfrage: Mehrheit der Krim-Bewohner steht weiter zu Russland
Eine deutsche Studie zur Stimmung auf der Krim in diesem Jahr zeigt: Fast 80 Prozent der Menschen dort würden bei einem Referendum wieder für die Rückkehr nach Russland stimmen. Kritiker der deutschen Russland-Politik fordern deshalb, nicht mehr von einer „Annexion der Krim“ zu sprechen. Doch das wollen selbst die Autoren der Studie nicht. Die Ergebnisse der Studie sind bemerkenswert. Sie widerlegen die antirussische Stimmungsmache zur Krim-Frage besonders in Deutschland. Die im Frühjahr 2017 befragten rund 2000 Krim-Einwohner, davon 200 Krim-Tataren, haben sich danach mit großer Mehrheit für Russland ausgesprochen. Etwa 79 Prozent würden bei einem neuen Referendum wieder für die Rückkehr zur Russischen Föderation stimmen, fanden die Forscher heraus. Die Studie unter Leitung von Gwendolyn Sasse stammt vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin, das 2015 auf Beschluss des Bundestages gegründet wurde. Es wird aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert, bezeichnet sich aber selbst als wissenschaftlich unabhängig. Sasse ist Leiterin des Zentrums.

Nach der Studie sehen sich 80 Prozent der befragten Krim-Bewohner als russische Bürger. Zum Vergleich: 2014, fast 25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, sahen sich nur 33 Prozent der Ostdeutschen als „richtige Bundesbürger“, wie Umfragen des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg (SFZ) ergaben.

Hohes Vertrauen zu Russlands Präsident und der russischen Armee

Selbst die Hälfte der befragten Krim-Tataren hat laut ZOiS angegeben, dass sie sich als russische Bürger sehen. Während etwa zehn Prozent der Befragten laut der Studie die Halbinsel verlassen wollen, haben danach fast zwei Drittel der Bewohner erklärt, sie seien mit der wirtschaftlichen Situation zufrieden. Ebenso viele gaben an, dass die ethnischen Gruppen auf der Krim friedlich zusammenleben. Besonders hierzulande erscheint es als beachtlich, dass der ZOiS-Studie zufolge der russische Präsident Wladimir Putin das größte Vertrauen bei den Krim-Bürgern findet. Gleich danach folgt die russische Armee. Die lokalen Behörden würden hingegen eher misstrauisch gesehen.

Andreas Maurer freut sich über die Ergebnisse der Studie. Der Kommunalpolitiker der Linkspartei aus dem niedersächsischen Quakenbrück war seit 2014 bereits sieben Mal auf der Krim. Es sei das erste Material zu dem Thema, das ernst zu nehmen sei, betonte er gegenüber Sputnik. „Die Ergebnisse decken sich zu 100 Prozent mit dem, was wir immer wieder auf der Krim gesehen und gehört haben, wenn wir mit den Menschen ins Gespräch kamen.“ Er habe immer wieder Journalisten und Politikern geraten, auf die Halbinsel zu fliegen oder zu fahren, um Informationen über die Lage und die Stimmung auf der Krim aus erster Hand zu bekommen – „und dann erst darüber zu schreiben“.

Anlass für politischen Kurswechsel gegenüber Moskau?

„Das Ergebnis der Studie war aus meiner Sicht zu erwarten“, erklärte der langjährige Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Wolfgang Gehrcke gegenüber Sputnik. „Es ist nur die Frage, welche Schlussfolgerungen nun daraus gezogen werden.“ Für ihn gehört dazu, anzuerkennen: „Die Menschen auf der Krim möchten in ihrer größten Mehrheit, dass die Krim zu Russland gehört“. Er fügte hinzu: „Wenn das so ist, kann man Formen finden und

verhandeln, mit denen alle leben können. Das ist eine der Schlussfolgerungen aus dem Umgang damals von Westdeutschland und der westlichen Mächte mit der DDR. Keiner wollte die DDR anerkennen, man hat aber daran nicht die Entspannungspolitik scheitern lassen.“ Eigentliche müssten nun bald Verhandlungen geführt werden, um die Sanktionen gegen Russland aufzuheben und Formen der grenzüberschreitenden Kooperation auch mit der Ukraine zu finden, findet Gehrcke. Berlin sollte Kiew klarmachen, dass die Sabotageakte gegen die Krim aufhören müssten.

Doch das dürfte kaum zu erwarten sein. Selbst die Studienautorin stellt die etablierte politische Sicht nicht in Frage. Das ZOiS machte auf Anfrage deutlich, dass die Einschätzung der deutschen Politik geteilt wird: „Unsere Umfrage legitimiert in keiner Weise das unter politischem Druck durchgeführte Referendum von 2014. Die Annexion der Krim war ein Verstoß gegen internationales Recht. Das wird im ZOiS-Report klar erwähnt.“

Repräsentative Umfrage nach wissenschaftlichen Standards

Die Studie sei von niemandem in Auftrag gegeben worden, sondern eine interne Entscheidung gewesen, hieß es. Das ZOiS betonte gegenüber Sputnik, dass es sich um eine repräsentative Umfrage entsprechend den wissenschaftlichen Regeln handle. Allerdings sei die Zusatzstichprobe unter den etwa 200 Krimtataren nicht repräsentativ, weil nur an einigen Orten durchgeführt, was aber nicht anders möglich gewesen sei.

Es sei um ein Stimmungsbild in der Region gegangen, erläuterte eine Sprecherin des Zentrums. Die Frage nach den persönlichen Verbindungen zu Verwandten in anderen Teilen der Ukraine sowie nach erfolgten Auswanderungen sei von zentraler Bedeutung gewesen. Das habe auch für die persönliche Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und die eigene Identität gegolten. Für die Umfrage vor Ort seien „keine russischen, ukrainischen oder sonstigen Genehmigungen eingeholt“ worden, was auch kein Problem gewesen sei, hieß es. Das lokale und umfangreich vorbereitete Team der Interviewer sei anonym gewesen – das sei „bei vergleichbaren Umfragen Standardpraxis aus ethischen und Sicherheitsüberlegungen“.

Für Krim-Bewohner bleibt es Wiedervereinigung

Die wichtigste Botschaft der Studie ist für den Krim-Besucher Maurer: Die Rückkehr der Krim nach Russland „war eine Entscheidung der Bevölkerung“ und keine „Annexion“, wie im Westen behauptet werde und selbst beim jüngsten Petersburger Dialog in Berlin wiederholt worden sei. Maurer erklärte, er habe sich viel mit den Menschen auf der Halbinsel unterhalten, und spreche deshalb selbst von einer „Wiedervereinigung“. Das Ergebnis der Studie werde vielen im Westen nicht gefallen, zeigte er sich sicher: „Das passt nicht in den Plan und in das, was man immer versucht hat, zu vermitteln.“

Über das laut der Studie hohe Vertrauen der Krim-Bewohner gegenüber Russlands Präsident Putin und der russischen Armee ist Links-Politiker Maurer nicht überrascht. Das sei sehr stark verwurzelt, wie er wiederholt bei seinen Besuchen erfahren habe – „ob man im Taxi sitzt, mit Verkäuferinnen oder älteren Menschen spricht“.

Krim-Tataren erfahren von Russland mehr Beachtung

Der Ex-Bundestagsabgeordnete meinte zu der vom ZOiS behaupteten eigenen Unabhängigkeit, er möchte das zwar glauben, sei aber skeptisch: „Bislang ist dieses Institut nicht durch vorwärtsweisende Ergebnisse seiner Forschung aufgefallen. Hoffentlich ändert sich das. Wir brauchen solche Institute, die wissenschaftlich arbeiten und die auch bereit sind, sich im Dienste der Wissenschaft mit den Geldgebern anzulegen.“

Zur Situation der Krimtataren erklärte Linkspartei-Politiker Maurer, dass er diese besonders beobachtet habe und immer wieder in deren Region gefahren sei. Er widersprach den Berichten westlicher Medien darüber, die „oft von Leuten geschrieben werden, die oft gar nicht auf der Krim waren“. Im Gespräch mit Krim-Tataren hätten diese immer wieder darauf hingewiesen, dass sich ihre Lebensumstände seit 2014 deutlich verbessert hätten. So sei die krimtatarische Sprache gleichberechtigt neben der russischen und ukrainischen Sprache. Das sei vorher nicht so gewesen. Der Mufti der Krimtataren habe Maurer berichtet, dass die

muslimischen Tataren 30 Jahre lang auf den Bau einer Moschee gewartet hätten, was immer verzögert worden sei. Nun werde sie bereits im nächsten Jahr in Simferopol als größtes religiöses Zentrum auf der Halbinsel eröffnet.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 29 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von 17 Ortschaften der Republik mit Artillerie, Mörsern verschiedenen Kalibers, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Ukrinform.ua: ATO-Sprecher Lysenko wechselt in die Generalstaatsanwaltschaft
Der bisherige Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation (ATO), Oberst Andrij Lysenko, wechselt in die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine.

Das gab Lysenko selbst auf seiner Facebook-Seite bekannt. Der Generalstaatsanwalt Juri Luzenko habe ihm den Job als Sprecher angeboten, schreibt Lysenko. Das sei die zweite Front, der Kampf für Gesetz und Gerechtigkeit gegen Verbrecher und Korruption. Er habe damit die Tätigkeit des ATO-Sprechers beendet.

de.sputniknews.com: Moskau: Unter welchen Umständen Nordkorea zu Dialog mit USA bereit ist

Nordkorea will nicht unbedingt als Atommacht anerkannt werden, stellt dafür aber andere Bedingungen für den Beginn von Verhandlungen mit den USA. Dies teilte der Abgeordnete der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus) Witaly Paschin Sputniknews nach einer Reise mit der russischen Delegation in die Volksrepublik mit.

Im Oktober hatte die Zeitung Rodong Sinmun einen Kommentar veröffentlicht, in dem Pjôngjang den USA ein friedliches Zusammenleben im Austausch für die Anerkennung Nordkoreas als Atommacht vorgeschlagen hatte.

Laut Paschin sei Pjôngjang jedoch schon jetzt für einen Dialog offen, wobei die Anerkennung des nuklearen Status keine Rolle spiele. Die nordkoreanische Regierung sei bereit, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, so Paschin. Der Dialog solle aber auf Augenhöhe erfolgen. Pjôngjang sei nicht bereit, sich von dem Atomprogramm zu trennen, und meinte, zu einem „aggressiven“ Handeln gezwungen zu werden. Sanktionen würden das Land jedoch nur stärken.

„Sie haben gesagt, dass sie eine Rakete besitzen, die jeden Kontinent, jeden Punkt in den USA erreichen kann“, sagte der Parlamentarier Paschin.

Nordkorea hatte in der Nacht zum Mittwoch (Ortszeit) von der Stadt Sain Ni nahe Pjôngjang aus die Interkontinentalrakete Hwasong-15 abgefeuert. Die Flugdauer soll laut dem Generalsekretär des japanischen Ministerkabinetts 50 Minuten betragen haben. Die Rakete ist laut staatlichen Medien bis zu 4475 Kilometer hoch geflogen und hat in 53 Minuten eine Distanz von 950 Kilometern zurückgelegt. Ähnliche Angaben zu Flughöhe und Flugdistanz hatte zuvor auch Südkoreas Militär genannt. Am Ende sei die Rakete nach 960 Kilometern Flug vor der Westküste Japans ins Meer gestürzt.

Nach dem erfolgreichen Start hatte sich Nordkorea zur Atommacht erklärt.

Seit April 2017 testet Pjôngjang regelmäßig ballistische Raketen, zuletzt am 15. September, als eine aus Nordkorea gestartete Rakete sogar Japan überflogen hatte. Danach trat eine zeitweilige Stille ein.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit, dass die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in den letzten 24 Stunden 29 betrug.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse, Anm. d. Übers.).

Seit drei Tagen beschießen die ukrainischen Streitkräfte die vor kurzem reparierte Stromleitung in Krasnyj Partisan.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 943.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 351.

de.sputniknews.com: Abwesenheitseffekt: Welche Verluste kämen bei Olympiasperre auf Russland und IOC zu?

In der kommenden Woche wird das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) über die Teilnahme des russischen Nationalteams an den Winterspielen in Pyeongchang entscheiden. Durchaus möglich erscheint die schärfste Strafe: der Ausschluss der gesamten Mannschaft von den Spielen, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Freitag. Zwar könnten die „sauberen“ Sportler nach Südkorea reisen – das wäre eine Möglichkeit. Aber dann müssten sie unter neutraler Flagge antreten, und das würde ebenfalls die Abwesenheit der Russen bei Olympia bedeuten. Denn in Moskau hat man bereits erklärt, dass die „neutrale“ Variante inakzeptabel wäre. Dabei zeugt die jüngste Disqualifizierung der zahlreichen russischen Olympioniken, denen zudem die Medaillen für die Erfolge bei den Spielen in Sotschi 2014 aberkannt wurden, davon, dass die Höchststrafe ziemlich wahrscheinlich ist.

Für Russland wäre das natürlich eine riesige Unannehmlichkeit. Denn mit der optimalen Besetzung könnte sein Team in Pyeongchang unter die besten drei gelangen. Jetzt kann es diese Möglichkeit jedoch verlieren – alles hängt vom IOC-Exekutivkomitee ab.

Allerdings könnte Russlands Ausschluss von den Olympischen Spielen auch für das IOC selbst negative Folgen haben. Manche Gefahren sind nicht gerade offensichtlich. Eine dem russischen Nationalen Olympischen Komitee nahestehende Quelle verwies beispielsweise auf den Sicherheitsaspekt der Spiele, und zwar im Kontext des „nordkoreanischen Faktors“. Russlands Teilnahme an den Spielen wäre eine Art „Versicherung“ gegen Probleme, und seine Abwesenheit in Pyeongchang „würde die Situation sehr nervös machen“.

Ein anderer Insider erinnerte daran, dass der Russische Basketballverband vor kurzem auf den Kampf um die Austragung der Weltmeisterschaft 2023 verzichtet habe, und zwar „wegen der negativen Einstellung der internationalen Sportgemeinschaft gegenüber russischen Athleten und dem russischen Sport im Allgemeinen“.

Russlands Suspendierung von den Olympischen Spielen könnte dazu führen, dass es künftig keine großen internationalen Wettbewerbe austragen würde, was Moskau bis zuletzt gerne tat. Dabei lässt sich in den letzten Jahren ein Mangel an Gastgebern von Welt- und kontinentalen Meisterschaften in ganz verschiedenen Sportarten beobachten, weil die Ausgaben für die Vorbereitung riesig und die Rentabilität eher gering ist. Kennzeichnend war die Situation um die Olympischen Spiele 2024 und 2028, als Paris und Los Angeles als Gastgeber überhaupt keine Konkurrenz hatten.

Es gibt aber auch ganz nachvollziehbare Risiken für das IOC, und zwar finanzielle. Sollte Russland tatsächlich nicht nach Pyeongchang reisen, würden die TV-Einschaltquoten einstürzen, vor allem bei der Übertragung der Wettbewerbe in solchen Sportarten wie Biathlon und Skilanglauf, Eisschnelllauf und Shorttrack, Bobsport und Rennrodeln, geschweige denn Eishockey und Eiskunstlauf. Der Eishockey-Wettbewerb muss schon wegen der Weigerung der nordamerikanischen NHL, ihre Spieler nach Südkorea reisen zu lassen, leiden. Sollte auch die russische Kontinentale Hockey-Liga (KHL) ihren Sportlern die Teilnahme an den Spielen untersagen, könnte man den Wettbewerb eigentlich absagen.

Dasselbe gilt im Grunde auch für das Turnier im Eiskunstlauf.

Dabei sind die Verträge mit Fernsehsendern die größte Einnahmequelle des IOC (fast 50 Prozent). Zwar sind die aktuellen Kontrakte langfristig und laufen bis 2024 mit Discovery Communications (Besitzer des Senders Eurosport, zeigt die Olympischen Spiele in Europa) und bis 2032 mit NBC (zeigt die Spiele in Nordamerika).

Aber wenn sie abgelaufen sind, könnte das IOC auf Probleme stoßen. Denn es ist nicht zu übersehen, dass die Einschaltquoten immer geringer werden: Bei den Winterspielen 1994 in Lillehammer lagen sie beim Publikum im Alter von 18 bis 49 Jahren bei 16,5 Prozent, 2002 (Salt Lake City) bei elf Prozent, 2010 (Vancouver) bei 6,5 Prozent und 2014 (Sotschi) bei nur 5,5 Prozent. Es ist also durchaus möglich, dass jetzt die Einschaltquoten noch weiter sinken. Und wenn die Zeit kommt, werden die TV-Leute unbedingt auf diesen Faktor verweisen, um maximal günstig neue Verträge abzuschließen. Für das IOC würde das nichts als finanzielle Verluste bedeuten.

Dan-news.info: Die Bergwerksrettung der DVR hat gestern Abend die Leiche des Bergmanns gefunden, der sich in der Folge eines Steinabbruchs im Makejewker Bergwerk „Jasinowskaja-Glubokaja“ am Abend des 26. November unter den Trümmern befand.

„Um 22:45 am 30. November wurde die Leiche eines Mannes gefunden, die Arbeiten zur Bergung gehen weiter“, teilte der Pressedienst des Zivilschutzministeriums der DVR mit. Wir erinnern daran, dass zum Zeitpunkt des Unfalls sich 18 Bergleute unter Tage befanden, 16 konnten selbständig an die Oberfläche kommen, später wurde ein weiterer Bergmann gerettet.

Dnr-online.ru: Die Aufklärung der DVR hat Informationen über einen Verkehrsunfall erhalten, der von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Wolnowacha im Verantwortungsbereich der 28. mechanisierten Brigade verursacht wurde, teilte der Pressedienst des Verteidigungsministeriums mit. In der Folge des Unfalls wurden vier Offiziere der ukrainischen Streitkräfte unterschiedlich schwer verletzt, darunter der leitende Inspektor der technischen Versorgung der Hauptinspektion des Verteidigungsministeriums der Ukraine Genralmajor S. P. Kornijtschuk. „Der Verkehrsunfall war gegen einen hochrangigen Beamten gerichtet und war ein Versuch, ihn zu beseitigen – davon zeugen die Ergebnisse einer vorläufigen Ermittlung. Ziel der Beseitigung der Personen war die Deckung von Fällen groß angelegter Unterschlagung von materiellen Mitteln in den Einheiten der 28. Brigade, die ab dem 10. Dezember abgelöst werden soll. Dabei wurde in der Folge der vorläufigen Ermittlung festgestellt, dass alle Soldaten, die in dem Transportmittel waren, betrunken waren“, heißt es in der Mitteilung.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: US-Journalisten dürfen nicht mehr in russische Staatsduma
Die Staatsduma will ab kommender Woche allen US-Journalisten den Zugang in das Parlamentsunterhaus verbieten. Das ist die Antwort auf den Entzug der Akkreditierung des TV-Senders Russia Today (RT) und der Nachrichtenagentur Sputnik beim US-Kongress. Die Entscheidung soll nach der Sitzung des Unterhauses in Kraft treten, wie die Chefin des Ausschusses für Regelung und Kontrolle, Olga Sewastjanowa, am Freitag mitteilte. Damit wollen die Abgeordneten deutlich machen, dass „das Vergreifen an den demokratischen Werten, an Redefreiheit und dem Zugang zu objektiven Informationen unzulässig“ ist. Die Abgeordneten empfehlen einen ähnlichen Schritt auch den gesetzgebenden

Versammlungen in den russischen Regionen.

Journalisten, die Auslandsmedien in Russland vertreten, werden derzeit im Außenministerium akkreditiert, was ihnen einen freien Zugang ins Parlament gibt.

Der US-Kongress hatte zuvor die Akkreditierung für RT gestrichen. Die Maßnahme sei infolge der Einstufung des Senders als Auslandsagent getroffen worden.

Das US-Justizministerium hatte Anfang September vom Betreiberunternehmen des Fernsehsenders RT America gefordert, sich als Auslandsagent eintragen zu lassen. Im November wurde eine ähnliche Forderung an den Fernsehsender selbst gerichtet. Darüber hinaus wurde im November das Unternehmen „Reston Translator“, das in den USA Radioprogramme von Sputnik sendet, vom US-Justizministerium als „ausländischer Agent“ registriert.

Der Kreml hat den Entzug der Akkreditierung als Einschränkung der Arbeit der Medien und Verstoß gegen die Presse- und Meinungsfreiheit eingestuft.

dnr-news.com: „Das russische Recht“ der Kiewer Rus hat mit Russland nichts zu tun, erklärte Poroschenko

Der ukrainische Präsident Petr Poroschenko erklärte, dass der erste Gesetzbuch der Kiewer Rus, „das russische Recht“ ein es der ältesten Dokumente der Rechtsprechung in der Ukraine“ sei und „nichts mit Russland zu tun“ habe.

Poroschenko hielt am Freitag anlässlich des Berufsfeiertages der Mitarbeiter im Rechtswesen eine Rede und erklärte, dass er ein Anordnung zur Schaffung eines neuen Emblems für die Generalstaatsanwaltschaft unterzeichnen will, auf dem unter anderem eine Erinnerung an das „Russische Recht“ zu finden sei.

„Die Generalstaatsanwaltschaft hat sich ein neues Symbol verdient. Heute werde ich eine entsprechende Verordnung unterzeichnen, die Entwickler (des Emblems – Anm. d. Übers.) haben die besten europäischen und nationalen heraldischen Traditionen berücksichtigt. Das neue Wappen besteht aus einem Schwert aus der Fürstenzeit, das an eines der ältesten Dokumente der Rechtsprechung in der Ukraine erinnert – das „Russische Recht“ von Jaroslaw Mudry. Sie Waage symbolisiert das große Erbe der Rechtstraditionen. Das „Russische Recht“ hat zu Russland keinerlei Beziehung, weil Russland damals noch nicht existierte“, sagte Poroschenko, dessen Auftritt im ukrainischen Fernsehen übertragen wurde.

Rusvesna.su: Poroschenko fälscht die Geschichte – Expertenmeinung

Der Doktor der Geschichtswissenschaften und leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für russische Geschichte RAN Wladimir Lawrow kommentierte in einem Gespräch mit RT die Erklärung des Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko, dass der erste Gesetzbuch der Kiewer Rus „Russisches Recht“ überhaupt nichts mit Russland zu tun habe.

„Auf die Worte des Präsidenten muss man antworten, dass in der Zeit von Jaroslaw Mudry und des „Russischen Rechts“ weder die Ukraine noch Malorossia (Kleinrussland – Anm. d. Übers.) existierten. Jaroslaw Mudry ist unser gemeinsamer Vorfahre.

Zu dieser Zeit hieß unser Land Rus, Russland oder Russisches Land. Wir waren ein Volk. Malorossia entstand erst viel später, in der Zeit der feudalen Uneinigkeit. Als das Großfürstentum Litauen unsere Schwäche nutzte und sechs Fürstentümer eroberte, schloss sich das Kiewer Fürstentum an. Dann vereinigten sich Polen und Litauen zur Retsch Pospolitija und wir waren plötzlich ein getrenntes Volk. So entstanden die Ukraine oder auch Malorossia. Präsident Poroschenko fälscht die Geschichte, ich denke, er weiß das ganz genau“, erklärte Lawrow.

Nach den Worten des Experten gründet sich die Ukraine gegenwärtig in der Ablehnung der ehemaligen Gemeinschaft mit Russland.

„Leider gründet sich die moderne Ukraine nicht auf eigene Errungenschaften, sondern auf die Ablehnung allen Russischen, der Ablehnung unserer gemeinsamen großartigen Geschichte. Jaroslaw Mudry und das „Russische Recht“ das ist unsere gemeinsame Geschichte, das kann man nicht aufspalten. Das verbindet, aber Herr Poroschenko möchte das trennen“, schloss Lawrow....

Lug-info.com: Eine feierliche Versammlung zum 100. Jahrestag der Gründung der Lugansker Miliz fand heute im Versammlungssaal des Innenministeriums der LVR statt.

Entsprechend einem Erlass des kommissarischen Oberhaupts der LVR Leonid Pasetschnik erhielten die besten Rechtsschützer der Republik Medaillen „Für Verdienste“ zweiten Grades, Medaillen „Für Treue zur Pflicht“ sowie Ehrenabzeichen der LVR. Ehren- und Dankabzeichen erhielten Mitarbeiter des Innenministeriums auch vom Ministerrat, der Volksmiliz der Republik, der Verwaltung von Lugansk und der Führung des Innenministeriums.

„Ihr Dienst ist eine Grundlage für Stabilität und Sicherheit, ein Garant für die Gesetzlichkeit und Rechtsordnung“, sagte der Vorsitzende des Ministerrats der LVR Sergej Koslow zu den Polizisten.

„Heute setzen Sie die ruhmreichen Traditionen der vorhergehenden Generationen der Mitarbeiter der inneren Organe fort, bleiben eine verlässliche Grundlage des Staates und ein Schutz für die Einwohner der LVR“, fügte er hinzu.

Der Vorsitzende des Ministerrats dankte besonders dem Innenminister Igor Kornet für seinen Dienst.

„Igor Alexandrowitsch hat in den letzten drei Jahren ein Kollektiv von Kampfgefährten geschaffen, die bereit sind alle Aufgabe durchzuführen, sowohl reguläre als auch nicht reguläre. Ich meine, dass das Kollektiv mit allen Aufgaben ausgezeichnet zurecht gekommen ist“, unterstrich er.

„Ich kann mit Stolz sagen, dass wir die Nachkommen der ruhmreichen Traditionen der sowjetischen Miliz sind, der ruhmreichen Traditionen in jeder Beziehung“, sagte Kornet.

„In den letzten dreieinhalb Jahren haben wir jedem gezeigt, dass dies würdige Menschen sind, die mit der Waffe in der Hand in den Schützengräben die Unabhängigkeit unserer Republik verteidigen konnten. Es gibt in unserem Kollektiv auch solche, die ihre Leben für unsere Heimat gaben“, fuhr der Minister fort.

Er dankte den Rechtsschützern „für den nicht einfachen Dienst und die schlaflosen Nächste, für die nervliche Anspannung, die sie ertragen haben“ und äußerte Worte der Anerkennung für die Familien der Mitarbeiter der inneren Organe.

Zu den Rechtsschützern sprach auch der Staatssicherheitsminister der Republik Anatolij Antonow.

„Ich gratuliere Ihnen heute, ich will ich allen und unserem Ministerium wünschen, sich von Ihrer Seite auf die gesellschaftliche Sicherheit und von unserer Seite auf die Staatssicherheit zu konzentrieren, aber im Ergebnis tun wir eine gemeinsame Sache, indem wir die LVR verteidigen“, fügte er hinzu.

„Waffenbrüder! Heute gratuliere ich Ihnen im Namen des gesamten Personals und des leitenden Personals der Volksmiliz zu diesem bemerkenswerten Datum“, wandte sich der Leiter der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponko an die Versammlung.

„Danke für Ihre tägliche Arbeit, für Ihre schlaflosen Nächte und für das, was Sie für das Lugansker Land tun“, fügte er hinzu.

[ukrinform.ua: EU setzt nächste Finanztranche für Ukraine vorerst aus](#)

[Die Europäische Union hat ein Hilfsprogramm für die Ukraine im kommenden Jahr](#)

beschlossen.

Eine Auszahlung der für dieses Jahr geplanten dritten Tranche der Finanzhilfe in Höhe von 600 Millionen Euro wurde verschoben, weil Kiew die Bedingungen nicht erfüllte, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform aus Brüssel. Eine entsprechende Entscheidung traf die Europäische Kommission am Freitag. Die Kommission sei bereit, die nächsten Finanzhilfe für die Ukraine zu besprechen, unter Voraussetzung der Durchführung der weiteren Reformen.

de.sputniknews.com: **Abtrünniger Kiewer Patriarch bittet Moskau überraschend um Vergebung**

25 Jahre nach seiner skandalösen Abspaltung von der Russisch-orthodoxen Mutterkirche hat der selbsternannte Kiewer Patriarch Philaret Denissenko Moskau überraschend um Vergebung gebeten. Noch vor kurzem hatte der 88-Jährige den Krieg gegen den Donbass und die Wegnahme russischer Kirchen in der Ukraine befürwortet.

Anlässlich des Erzbischöflichen Konzils der Russisch-orthodoxen Kirche, das in dieser Woche in Moskau stattgefunden hat, schrieb Philaret nun einen Brief an den Moskauer Patriarchen Kyrill. Das bestätigten sowohl das Moskauer Patriarchat als auch das selbsternannte Kiewer Patriarchat. Letzteres veröffentlichte am Donnerstag den Brief im Wortlaut.

In dem Schreiben bittet Philaret, der nach seiner Abspaltung im Jahr 1992 zusammen mit seinen Gleichgesinnten von der Russisch-orthodoxen Kirche ausgeschlossen wurde, das Moskauer Patriarchat darum, „sämtliche Entscheidungen über die Exkommunikation“ außer Kraft zu setzen, um die „Teilung zu beenden“ und „wieder Frieden zwischen den orthodoxen Christen und Aussöhnung zwischen den Völkern zu erreichen“.

Zum Schluss schreibt Philaret: „Ich bitte um Vergebung für alles, woran ich mich versündigt habe, und vergebe allen.“

Metropolit Ilarion, Sprecher der Russischen Kirche, sagte am Freitag, das Konzil habe Philarets Brief als dessen Bereitschaft zu Verhandlungen aufgenommen, „um die bedauernswerte, seit einem Vierteljahrhundert andauernde Kirchenteilung zu beenden“. Das Konzil habe hierfür eine Kommission gebildet.

Der Metropolit von Kiew Philaret war nach dem Tod von Patriarch Pimen im Jahr 1990 vorübergehend kommissarisches Oberhaupt der Russisch-orthodoxen Kirche. Nachdem er bei der Wahl nicht im Amt bestätigt wurde, machte er sich für mehr Selbständigkeit der ukrainischen Kirche stark. Im Jahr 1992 sagte sich Philaret von der Russisch-orthodoxen Kirche definitiv los und gründete die Ukrainisch-orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats, die von der Mehrheit der anderen orthodoxen Kirchen nie anerkannt wurde.

Gegner halten Philaret vor, nicht als Geistlicher, sondern zunehmend als Politiker aufzutreten. So unterstützte er den nationalistisch geprägten Umsturz in Kiew im Februar 2014. Nach dem Unabhängigkeitsreferendum in der ostukrainischen, hauptsächlich von Russischstämmigen bewohnten Region Donbass, sagte Philaret hingegen, wer dort für die Unabhängigkeit gestimmt habe, solle „mit Blut bezahlen“.

Russland sieht Philaret und seine Anhänger zudem als Drahtzieher der gewaltsamen Besetzung von orthodoxen Gotteshäusern in der Ukraine. Nach Angaben des Moskauer Patriarchats haben die Abtrünnigen in den letzten Monaten mindestens 40 Kirchen an sich gerissen. Philaret rechtfertigte die Besetzung der Kirchen als einen „freiwilligen Wechsel“ der Gläubigen zum Kiewer Patriarchat.

Nach Angaben der Meinungsforschungsfirma Ukrainian Sociology Service bekennen sich knapp 40 Prozent der ukrainischen Christen (Stand November 2016) zum Moskauer Patriarchat. Zum nicht anerkannten Kiewer Patriarchat bekennen sich demnach 25 Prozent der Befragten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31851/38/318513882.jpg>

ukrinform.ua: Saakaschwili darf noch drei Monate in der Ukraine bleiben

Der ehemalige Vorsitzende der Regionalen Staatsverwaltung von Odessa, Micheil Saakaschwili, teilte per Facebook mit, dass sein legaler Aufenthalt in der Ukraine um drei Monate verlängert wurde. Saakaschwili veröffentlichte das Foto des Belegs des Migrationsdienstes, in dem der Registrierungsvermerk bis zum 1. März 2018 steht. „Aber es bleibt eine Bedrohung. Der SBU (der Sicherheitsdienst der Ukraine - SBU) erhielt eine Anordnung über die Durchsuchung meiner Wohnung und der Büroräume im Falle eines Staatsstreichs“, fügte er hinzu.

Wie Ukrinform berichtete, hatte der Justizminister der Ukraine, Pawlo Petrenko, erklärt, dass Saakaschwili Anträge für den Flüchtlingsstatus einreicht.

Micheil Saakaschwili hatte die ukrainische Staatsbürgerschaft nach dem Erlass des Präsidenten der Ukraine Ende Mai 2015 bekommen. Er leitete die Gebietsverwaltung von Odessa seit dem 30. Mai 2015 bis zum 9. November 2016, wonach er die Rücktrittserklärung eingereicht hatte.

Am 26. Juli 2017 hatte der Präsident ihm die ukrainische Staatsbürgerschaft aberkannt. Nach Angaben der Präsidentschaftsverwaltung sei der Grund für eine solche Entscheidung die von Saakaschwili nicht glaubwürdige Angabe von Informationen bei der Ausfertigung des Antrags für die Staatsbürgerschaft gewesen.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin (**Wochenbericht**)

In der letzten Woche wurde in den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte die Vorbereitung der Waffen und Militärtechnik auf die Nutzung unter Winterbedingungen abgeschlossen, es wurde eine qualitativ hochwertige Vorbereitung der Übungsbasen und der Übungsplatzausrüstung vorgenommen. Die Einheiten der Streitkräfte der DVR sind für das neue Ausbildungsjahr bereit.

In den letzten 24 Stunden:

In Richtung Donezk hat der Gegner auf die Gebiete von **zehn Ortschaften** 71 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem hat der Gegner mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Mariupol haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf die Gebiete von

vier Ortschaften 12 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. **In Richtung Gorlowka** hat der Gegner die Gebiete von **drei Ortschaften** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 29 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In der letzten Woche:

Es wurden **167 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** festgestellt. Auf das Territorium der Republik wurden 725 Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

Insgesamt hat der Gegner **im letzten Monat 1107 Mal das Regime der Feueinstellung** verletzt und auf das Territorium der Republik 7085 Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **22 Ortschaften der Republik** beschossen.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden im letzten Monat 51 Häuser in den folgenden Ortschaften beschädigt: Sajzewo, Dokuschajewsk, Jasnoje, Golmowskij, Leninskoje, Krutaja Balka, Sachanka und im Kiewskij-Bezirk von Donezk.

Ich will anmerken, dass durch die Beschüsse des Territoriums der Republik von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus **ein ziviler Einwohner getötet** wurde. **Sechs Zivilisten wurden verletzt.**

Bei der Verteidigung der Republik **starben im November vier Soldaten der Streitkräfte der DVR und vier wurden verletzt.**

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen entlang der Kontaktlinie. Im einzelnen wurden Stationierungsorte folgender Waffensysteme entdeckt:

2 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“;

1 Abwehrraketekomplex „Strela-10“.

Das Fehlen von schweren Waffen in den Lagerorten wird auch täglich in den Berichten der OSZE-Mission festgehalten:

25 152mm-Haubitzen „MSTA-B“;

1 Abwehrraketekomplex „Osa“;

9 T-80-Panzer;

20 T-72-Panzer;

5 120mm-Mörser.

Insgesamt wurde in der letzten Woche das Fehlen von 60 Stück schwerer Technik der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Trotz der Erklärungen der ukrainischen militärisch-politischen Führung über die Bereitschaft, den militärischen Konflikt im Donbass auf dem Verhandlungsweg zu lösen, bleiben dies alles leere Worte.

In der letzten Woche hat der Innenminister der Ukraine Awakow eine Erklärung abgegeben, dass „die Minsker Vereinbarungen nicht funktionieren und es Zeit ist, sie gegen andere auszutauschen“. Eigenartig, dass irgendein Innenminister anfängt, sich in ein Tätigkeitsgebiet einzumischen, für das er nicht verantwortlich ist. Vermutlich gibt Awakow mit dieser Erklärung dem Präsidenten der Ukraine deutlich zu erkennen, dass er die Absicht hat, die Initiative in seine Hände zu nehmen und in der Folge Poroschenko aus seinem Präsidentensessel zu drängen.

Aber von welchen neuen Vereinbarungen kann die Rede sein, wenn die Ukraine nicht in der Lage ist, die zuvor vereinbarten zu erfüllen. Zum Beispiel die Minsker. Wovon zeugt die Verschärfung der Situation im Donbass, ausschließlich durch die Schuld der ukrainischen militärischen Strukturen. Gerade das ist für die gesamte Welt ein direkter Beweis der Unfähigkeit der derzeitigen Regierung der Ukraine, irgendwelche übernommenen

Verpflichtungen zu erfüllen.

Insbesondere hat die ukrainische Seite, beginnend mit der letzten und endend mit dieser Woche, eine **breit angelegte Operation mit einiger Aktivität in Richtung Gorlowka und Lugansk vorbereitet**. Diese Operation konnten wir dank der persönlichen Nachlässigkeit des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Mushenko sowie der professionellen Handlungen der Aufklärer der Streitkräfte der DVR zum Scheitern bringen.

Wie klar wurde, haben sich die „ATO“-Kräfte darauf vorbereitet, die **Situation an der Verbindungsstelle zwischen den Streitkräften der Volksrepubliken durch die Schaffung von Spannungsherden aufgrund der Verbesserung der taktischen Positionen bei Gorlowka und am Swetlodarsker Bogen zu verschärfen**. Um es so zu sagen, durch eine Aktivierung an den genannten Abschnitten unserer Verteidigung einen Teil der Kräfte der Republiken abzulenken, um plötzlich entscheidende Schläge in andere Richtungen zu verüben. Aber zum Glück hat Mushenko selbst seinen Plan aufgedeckt und die gesamte Operationen zum Scheitern gebracht. Dabei haben die ukrainischen Einheiten, wie wir zuvor angemerkt haben, spürbare Verluste erlitten und nur für sich ungünstige Positionen eingenommen und diejenigen zum Abschuss freigegeben, um die es ihnen nicht Leid tut. Das Scheitern der ukrainischen Streitkräfte hat den Kampfgeist der ukrainischen Soldaten erheblich untergraben und die Überzeugung unserer Einheiten erhöht, dass sie der „stärksten Armee Europas“ widerstehen können. Ich will den Einwohnern unserer Republik versichern, dass unsere Armee dem Gegner kein Stückchen Erde überlassen wird.

Derzeit ist in den von den ukrainischen Streitkräften eingenommenen Ortschaften **Gladosowo und Trasnewoje eine Verstärkung der humanitären Katastrophe** festzustellen. Die Einwohner haben keine Möglichkeit, Kohle, Treibstoff für Generatoren und Lebensmittel zu beschaffen. In der ganzen Zeit hatten die Einwohnern keinen Strom. Dabei wurde die Stromversorgung durch die ukrainischen Strafruppen zielgerichtet einige Tage vor der Besetzung der Ortschaften unterbrochen. Derzeit werden von der ukrainischen Seite keinerlei Anstrengungen zur Reparatur der Stromversorgung unternommen. Obwohl wir täglich weiterhin unsere Bereitschaft erklären, alle notwendigen Sicherheitsgarantien für die Durchführung der Reparaturarbeiten zu gewährleisten.

Gleichzeitig werden von der ukrainischen Seite alle Anstrengungen unternommen, um den **Zugang von internationalen Beobachtern** der UNO, der OSZE und des IKRK zu den von den ukrainischen Streitkräften besetzten Ortschaften **zu verbieten**, um so eine Aufdeckung der Fälle von Ausschreitungen gegen über den friedlichen Einwohnern und der Verschlechterung der humanitären Situation zu verhindern. Argumente für das Einreiseverbot für die Beobachter sind Gefahren für ihr Leben, indem von den ukrainischen Soldaten systematisch Beschüsse durchgeführt und die Zugänge vermint werden. Dabei ist ein Zustrom von ukrainischen Massenmedien in die Ortschaften zu bemerken, um Fake-Reportagen zu erstellen, die auf eine Rechtfertigung der verbrecherischen Handlungen der ukrainischen Streitkräfte abzielen. Leider bleibt die gesamte Hilfe auf das Bild beschränkt, jenseits seiner Grenzen gibt es Terror und Ausschreitungen der Strafsoldaten gegenüber den friedlichen Einwohnern!

Es muss die Tatsache angemerkt werden, dass die ukrainische Seite im Vorfeld der Minsker Verhandlungen begonnen hat, aktiv Provokationen durchzuführen, die darauf gerichtet sind, die Streitkräfte der DVR der Verletzung der Feuereinstellung zu beschuldigen. Ein großer Teil dieser Provokationen hat sich als Fiktion erwiesen, ein weiterer Teil sind reale Fälle von Beschüssen von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus auf die von der ukrainischen Regierung kontrollierten Territorien. Insbesondere ruft der Beschuss der Positionen der „Georgischen Nationallegion“ durch eine Brigadeartilleriegruppe der 128.

Gebirgstruppenbrigade, in dessen Folge sechs ausländische Söldner verletzt wurden, bei uns Verwunderung hervor. Ebenso der Beschuss des Kontroll- und Passierpunkts „Majorsk“ am 28. November durch die Kräfte derselben Brigade. Am wahrscheinlichsten ist, dass der

Kommandeur der 128. Brigade Sobko nach der Überreichung einer persönlichen Waffe durch den Verteidigungsminister der Ukraine bei der Ausführung krimineller Befehle dienstestrufriger wurde.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Provokationen der ukrainischen Streitkräfte im Vorfeld der Minsker Vereinbarungen bereits lange zur Praxis Kiews gehören. Namentlich sich selbst in den Schmutz zu ziehen und zu versuchen den Gegner in den Schmutz zu ziehen, indem falsche Gegenbeschuldigungen erhoben werden. Dies alles wird von der ukrainischen Seite nur mit einem Ziel getan – in Minsk keine konstruktiven Verhandlungen zuzulassen.

Ein weiterer, nicht weniger wichtiger Umstand der letzten Woche ist der **Kampf der Interessen zwischen dem Sicherheitsdienst der Ukraine und den ukrainischen Streitkräfte** in der „ATO“-Zone an der Kontaktlinie. Insbesondere um die Annahme des Gesetzes „Über eine Reintegration des Donbass“ in der Obersten Rada der Ukraine zum Scheitern zu bringen, gemäß dem die Vollmachten bei der Durchführung der Antivolksoperation im Donbass vom Sicherheitsdienst der Ukraine in die Kompetenz des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte übergehen. Um das Vertrauen des Landes in die Entscheidungen des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte und in die Mushenkos persönlich zu untergraben, hat die Führung des Sicherheitsdienstes der Ukraine eine Spezialeinheit in das Gebiet von Gladosowo und Trawnewoje geschickt, die mit der Liquidierung ukrainischer Soldaten begonnen hat. Unter anderem haben nach Angaben unserer Aufklärung die 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte seit der Einnahme von taktisch ungünstigen Positionen durch ihre Einheiten Verluste durch Scharfschützenfeuer des Sicherheitsdienstes der Ukraine erlitten, es wurden allein zwölf Soldaten getötet.

Und das ist eine Tatsache!

Dabei ist es in offiziellen Berichten des Pressezentrams des Stabs der „ATO“ nicht genehm, über diese Verluste zu sprechen. Dennoch gelangt diese Information über Kanäle des Sicherheitsdienstes der Ukraine garantiert zu jedem Abgeordneten, von dessen Stimme das Schicksal der Strafoperation im Donbass und der Status der ukrainischen Sicherheitsdienstes abhängen.

Genau zu diesen Zwecken verwendet der Sicherheitsdienst der Ukraine seinen Agenten, den Freiwilligen Jurij Mysjagin, der auf Bitte seiner Kuratoren alles tut, um das Kommando der ukrainischen Streitkräfte zu diskreditieren und ihre Pläne zum Scheitern zu bringen, um in der Folge eine Reihe von Funktionsträger der Inkompetenz zu beschuldigen.

Zum Abschluss, in unsere Hände sind Dokumente aus dem Innenministerium der Ukraine über die Ergebnisse einer Untersuchung durch die Ermittlungsorgane der Nationalpolizei zum Brand und den Detonationen von Munition in den Lagern der ukrainischen Armee gelangt, die zur vertraulichen Information von Abgeordneten der Obersten Rada vorgesehen sind. Die sensationelle Schlussfolgerung besteht darin, dass alle Explosionen ausschließlich zur Verheimlichung von breit angelegten Diebstählen von Waffen und Munition durch die höheren Schichten des Militärkommandos der Ukraine erfolgten.

Abroskin hat bereits versucht, eines dieser Dokumente zu dementieren, weil er Angst hatte, die Verantwortung für dessen Zuverlässigkeit zu übernehmen. Aber das ist ihm nicht gelungen.

So zieht der Sicherheitsdienst der Ukraine gemeinsam mit dem Innenministerium die Kompetenz des Leiters des Generalstabs der Ukraine Mushenko und einer Reihe anderer hochrangiger Personen der ukrainischen Streitkräfte in Zweifel. Es handelt sich um direkte Beweise dafür, dass ukrainische militärische Beamte ihr Land bestehlen. Dabei zeigt das Auftauchen dieser Dokumente des Innenministeriums das klare Interesse Awakows daran, Poroschenko seiner rechten Hand – Mushenko – zu berauben, gegen den unter anderem der Verteidigungsminister der Ukraine Poltorak auftritt.

Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel sagte vor Journalisten im Kommentar über Gespräche mit dem US-Außenminister Rex Tillerson am Donnerstag in Washington, dass er die Stationierung der Mission der Blauhelme im Donbass unterstützt und glaubt, dass sie zur Einhaltung der Waffenruhe und zum Abzug der Waffen beitragen könnte, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Die Mission könnte die Einhaltung der Waffenruhe und den Abzug der schweren Waffen von der Trennlinie verfolgen“, sagte der Minister.

Er merkte dabei an, dass es mit Moskau große Unterschiede diesbezüglich bestehen. Gabriel selbst hat einen gemeinsamen Standpunkt mit dem US-Außenminister.

Gabriel betonte erneut die Notwendigkeit der Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine.

de.sputniknews.com: Russlands Sicherheitsrat: Folgen von Raketenschlag auf Nordkorea einkalkuliert

Russland kalkuliert laut dem Sekretär des Sicherheitsrates des Landes, Nikolai Patruschew, die Folgen einer potentiellen militärischen Lösung des Nordkoreakonflikts ein und bereitet sich darauf vor, sodass ein derartiger Ereignisablauf keine Überraschung für Moskau sein würde.

Dabei räumte Patruschew ein, dass ein möglicher Raketenschlag gegen Nordkorea auch für Russland von Gefahr sein könnte. „Wir liegen praktisch an der Grenze zu ihnen (Nordkorea – Anm. d. Red.). Deswegen sind wir daran interessiert, dass alles auf politisch-diplomatische Weise geregelt wird“, unterstrich er.

Zuvor hatte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, mitgeteilt, dass Russland den neuen Raketenstart in Nordkorea verurteilt und ihn als eine provokative Handlung Pjōngjangs wertet, aber zugleich alle Seiten auffordert, die Ruhe zu bewahren, damit die Situation auf der Korea-Halbinsel nicht in das schlimmste Szenario abgleitet....

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen,
Wochenbericht)

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feueereinstellung **43 Mal** verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen, darunter auch Artilleriegeschütze des Kalibers 122mm, Mörser des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzern, Abwehrgeschützen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen. Insgesamt wurden 607 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen. Im Vergleich zur vorhergehenden Woche hat sich die Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte um 17 verringert, aber in Bezug auf die abgeschossenen Geschosse hat sich die Intensität praktisch nicht verändert.

In der letzten Woche wurden die Gebiete von **Kalinowka, Logwinowo, Losowoje, Sansharowka, Kalinowo, Perwomajsk, Solotoje-5, Krasnyj Jar, Sokolniki, Dolgoje, Frunse, Slawjanoserbsk, Wesjolaja Gora** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade Oberst Grusewitsch, der Kommandeur der 10. Gebirgsturmbbrigade Oberst Subanitsch, der Kommandeur der 58. mechanisierten Brigade Oberstleutnant Drapatyj, der Kommandeur der 80. Luftsturmbbrigade Oberst Schworak.

In der Folge der Beschüsse friedlicher Einwohner durch die ukrainischen Streitkräfte wurde in der letzten Woche **ein Mensch schwer verletzt**. Außerdem wurden drei private Wohnhäuser beschädigt.

Am 25. November haben Soldaten der 80. Luftsturmbbrigade der ukrainischen Streitkräfte in Staniza Luganska mit Hilfe von Drohungen ein Schmuckstück gestohlen – eine Goldkette, die

einer jungen Frau, geb. 1986, gehört.

Es wurde festgestellt, dass ein Soldat der Brigade im betrunkenen Zustand der vorbeigehenden jungen Frau die Kette abbrach, danach floh er.

Innerhalb von zwei Stunden wurde der Verbrecher von den Rechtsordnungsorganen festgenommen.

Im Moment läuft gegen ihn ein Strafverfahren wegen Raubüberfall.

Unsere Aufklärung stellt weitere Fälle von Verlagerung von durch die Minsker Vereinbarungen verbotener Technik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie mit dem Ziel der Rotation und der Stärkung der Gruppierungen fest.

So wurde das Vorhandensein von von den Minsker Vereinbarungen verbotener Technik der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet folgender Ortschaften entdeckt: Belowodsk – sieben Stück Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte, darunter vier Lastwagen mit Munition und Treibstoff; in Lisitschansk – zwei Panzer, zwei Schützenpanzer, ein Mehrfachraketenwerfer „Grad“, zwei Abwehrgeschütze, zwei KAMAS-Lastwagen mit Munition, ein Lastwagen mit Personal und zwei militärische Sattelschlepper mit T-64-Panzern.

Ein Transport der materiellen Mittel auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte wurde im Gebiet von Nowotoschkowskoje, Krymskoje, Solotoje bemerkt. Ebenfalls wurden Arbeiten zur Verstärkung der Positionen im zweiten Panzergrenadierbataillon der 54.

Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Troizkoje festgestellt.

de.sputniknews.com: FIFA-Präsident erwartet „phantastische Spiele“ in Russland
FIFA-Präsident Gianni Infantino erwartet, dass Russland 2018 die beste WM aller Zeiten wird.

„Wir haben ein ambitioniertes Ziel: Wir wollen die besten Spiele der Welt durchführen“, sagte Infantino auf einer Pressekonferenz.

„Ich glaube, dass die WM 2018 in Russland die beste Weltmeisterschaft wird.“ Fußball sei ein Zauber und könne Vieles ändern. „Ich denke, dass Fußball die Menschen dazu bewegen kann, etwas anders auf ihr eigenes Land, auf andere Länder und Menschen zu schauen.“

Erstmals in der Geschichte wird die Fußball-WM in Russland abgehalten. Sie findet vom 14. Juni bis 15. Juli statt.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/30933/57/309335798.jpg>

abends:

ukrinform.ua: **Poroschenko kündigt Volksabstimmungen über Beitritt zur EU und Nato an**

In der Ukraine finden in naher Zukunft Referenden zum Beitritt des Landes zur EU und Nato statt.

Das kündigte der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, in der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine bei Feierlichkeiten anlässlich des Tages der Mitarbeiter des Rechtswesens an, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. „Wir halten Kurs auf euroatlantische Integration. Die Referenden zum Beitritt des Landes zur Nato und zur Europäischen Union werden in der Ukraine in sehr naher Zukunft bestimmt stattfinden, daran haben Sie bitte keinen Zweifel“, so der Staatschef. Poroschenko brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die Ergebnisse der Volksabstimmungen so überzeugend positiv ausfallen, wie die Ergebnisse des Unabhängigkeitsreferendums 1991.

Das Referendum zur Unabhängigkeit von der Sowjetunion fand in der Ukraine am 1. Dezember 1991 statt. Beim Referendum stimmten 90,92 Prozent der Bürger mit Ja.

Dan-news.info: Die Aktion „Brief an Väterchen Frost“ begann heute in Donezk. Die Leiterin der Kulturabteilung der Stadtverwaltung der Hauptstadt Alena Eliosidse erläuterte, dass im Rahmen des Projekts jeder eines der Geschenke kaufen kann, die die Kinder sich in ihrem „Neujahrs“briefen wünschen.

„Heute hat die Aktion „Brief an Väterchen Frost“ begonnen, die einen Monat läuft. An der Tanne hängen jetzt etwa 100 Briefe von Kindern aus frontnahen Bezirken der Republik“, sagte Eliosidse.

Die Tanne steht in der ersten Etage des Handelskomplexes „Kontinent“ im Zentrum der Hauptstadt der Republik. An der Aktion werden auch Kinder aus Kinderheimen teilnehmen, deshalb wird die Zahl der Briefe mit jedem Tag wachsen.

Jeder, der will, kann sich zeitweilig in Väterchen Frost verwandeln, einen Brief lesen und einem Kind ein Neujahrs Geschenk kaufen. Die Überreichung wird während der Neujahrszeit im Gebäude des Handelszentrums stattfinden.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/12/dan-news.info-2017-12-01_13-18-13_774069-dsc_0479-1024x683.jpg